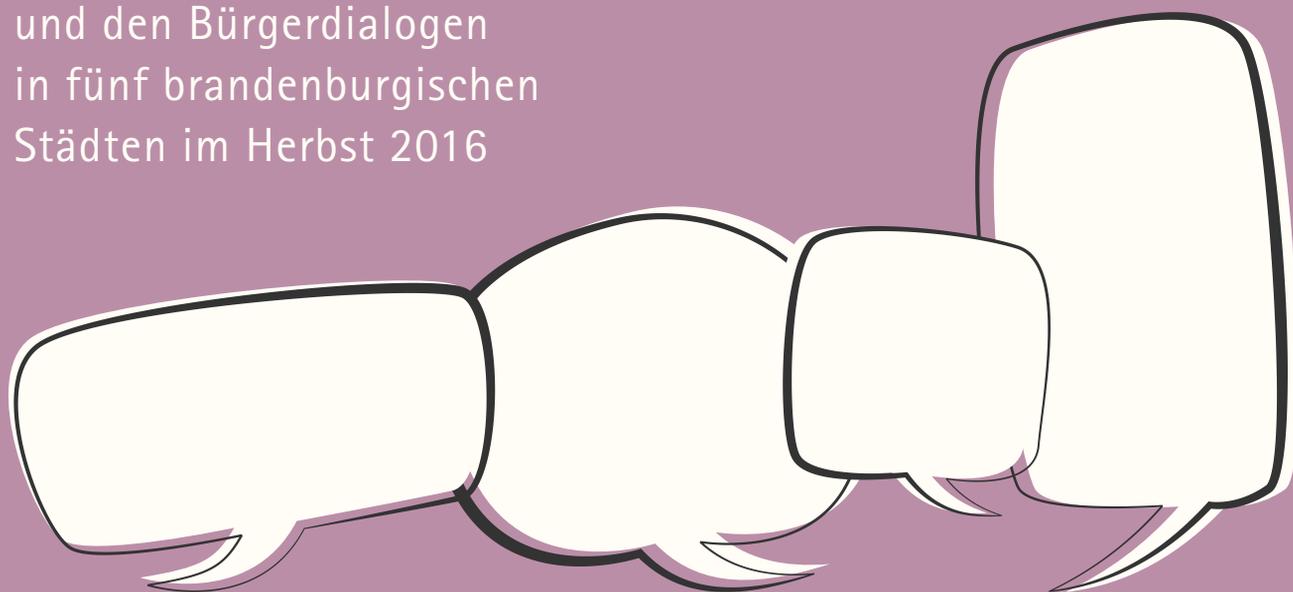


Heike Möller (Hrsg.)

GEFLÜCHTETE UND FLUCHTURSACHEN: WAS UNTERNIMMT DIE EU UND WAS HABEN WIR DAMIT ZU TUN?

Aufzeichnungen aus
dem Fachdialog in der
Potsdamer Staatskanzlei
und den Bürgerdialogen
in fünf brandenburgischen
Städten im Herbst 2016



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)

Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam

Tel. 0331 / 704 89 66 | Fax. 0331 / 270 86 90

www.venrob.org

Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Sonderausgabe (2017)

Heike Möller (Hrsg.)

Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?

Aufzeichnungen aus dem Fachdialog in der Potsdamer Staatskanzlei und

den Bürgerdialogen in fünf brandenburgischen Städten im Herbst 2016

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© WeltTrends, Potsdam 2017

Layout & Satz: Kathrin Windhorst / www.kwikwi.org

Fotos Fachdialog: Christian Spicker

Fotos Bürgerdialoge: Deutsche Gesellschaft

Druck: solid earth, Berlin

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

Produziert mit 100 % Ökostrom.

ISBN 978-3-945878-60-6

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Justiz und für
Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.



Inhalt

VORWORT	3
FACHDIALOG „GEFLÜCHTETE UND FLUCHTURSACHEN: WAS UNTERNIMMT DIE EU UND WAS HABEN WIR DAMIT ZU TUN?“	4
Programm der Fachveranstaltung am 23. November 2016	5
Eröffnungsbemerkungen	6
Diskussion	8
Erwiderungsrunde	14
Podiumsdiskussion	15
Schlussstatements	20
Zusammenfassung der Fachdialoge	
Wirtschaft in Krisengebieten?	22
Konsum: (Was) Macht der Verbraucher?	24
Asyl und Migration: Recht vor Moral vor der „Festung Europa“?	26
Friedenschafter mit oder ohne Waffen?	28
Kommunikation: Wer (v)erklärt?	31
Schlusswort	33
BÜRGERDIALOGE IN BRANDENBURG „GEFLÜCHTETE UND FLUCHTURSACHEN: WAS UNTERNIMMT DIE EU UND WAS HABEN WIR DAMIT ZU TUN?“	34
Relevanz des Themas	34
Der Bürgerdialog als innovatives Beteiligungsformat	35
Herausforderungen bei der Durchführung von Bürgerdialogen	36
Fünf Brandenburger Bürgerdialoge	37
Wesentliche inhaltliche Aspekte der Diskussion	38

Anmerkungen der Herausgeber:

Diese Dokumentation ist keine wörtliche Mitschrift. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist dem Bemühen geschuldet, den interessierten Leserinnen und Lesern eine aussagekräftige Wiedergabe der vertretenen Positionen und Ansichten zu bieten. Es wurden keine Vorgaben hinsichtlich Struktur der Dialoge und Beiträge gemacht. Für ihre inhaltliche und sachliche Richtigkeit zeichnen sich die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Die darin zum Ausdruck kommenden Meinungen entsprechen nicht zwingend den Positionen der Herausgeber.

Vorwort

Bevor ausschließlich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung das Wort haben, stellen sich gleich zu Beginn wichtige und kritische Fragen zum Thema „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“

Wie werden wir diesem großen Thema gerecht? Wie stellen wir dar, wenn Auswirkungen globaler Ereignisse auf lokale Gegebenheiten prallen? Wie zerlegen wir Fakten und Wahrnehmungen und geben ihnen einen neuen, verständlichen Kontext? Und nicht zuletzt: wie kommunizieren wir all das, was uns in einer willkürlichen Folge von Informationshäppchen, Bildern und erlebten Geschichten überflutet?

Die Organisation und Durchführung dieses Fachdialogs und die vorhergehenden Bürgerdialoge der Landesregierung Brandenburg und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland stellten alle beteiligten Partner und Akteure vor Herausforderungen:

Welche Referenten/Referentinnen lädt man ein? Geht es thematisch eher in die Tiefe oder in die Breite? Welche Schwerpunkte sollten gesetzt werden? Welche Zielgruppen sollen erreicht werden? Der Erfolg einer Veranstaltung mit solch einer anspruchsvollen Themenstellung hängt von vielen Faktoren ab – auch davon, ob sich ein „Flow“ entwickelt, der sie über die Pausen bis zum Ende trägt.

Genau das ist offensichtlich hier gelungen. Es ist immer wieder erstaunlich zu beobachten, welche neuen Schnittmengen sich ergeben, wenn viele bekannte und noch nicht gehörte Aspekte aufeinandertreffen, wenn mit Sachverstand und Leidenschaft vorgetragen und diskutiert, wenn nach Erklärungen gesucht und um Lösungsansätze gerungen wird.

Eine Dokumentation wie die hier vorliegende war nicht von Anfang an geplant. Auch hier entwickelte sich eine Dynamik, verbunden mit dem Wunsch, den „Flow“ der Veranstaltung aufzugreifen und wiederzugeben. Herzlichen Dank an alle!

Streitkultur lohnt sich!

Bei aller Diversität der vertretenen Meinungen bleibt die gemeinsame Erkenntnis, dass die Bekämpfung der Fluchtursachen zu Hause beginnt, in der Alltäglichkeit der eigenen Heimatregion und dem persönlichen Lebensumfeld. Diese scheinbare Banalität ist zugleich die größte Herausforderung an uns selbst und sicher Gegenstand weiterer (nicht nur) „Potsdamer Diskurse“.

Nicht zuletzt trug die Menge an Material dazu bei, sich für das analoge Format in Form dieser Broschüre, die Sie jetzt in Ihren Händen halten, zu entscheiden. Auch um darauf zurückzugreifen bei der nächsten Veranstaltung dieser Art in diesem Jahr 2017!

Das Thema „Geflüchtete und Fluchtursachen“ wird uns weiterhin mit Vehemenz begleiten, das ist abzusehen. Der Handlungsdruck auf Entscheider und Zivilgesellschaft wächst und das macht es so sinnvoll und notwendig, diesen Prozess dokumentarisch zu begleiten.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Heike Möller, Uwe Prüfer, Detlev Groß

Potsdam im Mai 2017



Fachdialog „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“

Weltweit sind rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht und aus ihrer angestammten und rechtmäßigen Heimat vertrieben. Bewaffnete Konflikte, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Naturkatastrophen und damit einhergehende soziale Not zwingen die Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Etwa 25 Millionen Geflüchtete sind außerhalb ihrer Staatengrenze unterwegs. Davon sind in den letzten Jahren mehr als eine Million Menschen in der Europäischen Union angekommen. Die meisten fliehen vor Krieg und Terror aus Syrien und anderen Konfliktgebieten – eine Herausforderung für Politik, Behörden und viele Nichtregierungsorganisationen und ehrenamtlich Tätige.

Fachveranstaltung am 23. November 2016

von 10.30 Uhr – 17.00 Uhr im Brandenburg-Saal der
Staatskanzlei, Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 107

Veranstalter: Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MdJEV) sowie Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

In Zusammenarbeit mit: Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V., Industrie- und Handelskammer Potsdam, Evangelische Akademie zu Berlin, Kirchlicher Entwicklungsdienst Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Europe Direct Informationszentren im Land Brandenburg, World University Service Deutschland e.V., Stiftung Nord-Süd-Brücken, Stiftung Partnerschaft mit Afrika, Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg (Steuerungsgruppe), Europäische Bewegung Deutschland e.V., Deutsche Gesellschaft e.V., Landeshauptstadt Potsdam

Moderation: Detlev Groß (MdJEV) und Abdou Rahime Diallo (VENROB e.V.)

Programm: **10.30 Uhr bis 13.00 Uhr:**
Eröffnung, Impulsreferate und Podiumsdiskussion

14.00 Uhr bis 16.30 Uhr:
Spezifische Fachdialoge

1. Friedensschaffen mit oder ohne Waffen?
2. Wirtschaft in Krisengebieten?
3. Konsum: (Was) Macht der Verbraucher?
4. Asyl und Migration: Recht vor Moral vor der „Festung Europa“?
5. Kommunikation: Wer (v)erklärt?

17.00 Uhr:
Ende der Fachdialoge und Schlusswort

Eröffnungsbemerkungen

Stefan Ludwig

Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz



© Presseamt Staatskanzlei

Von den etwa 65 Mio. Menschen, die auf der Flucht sind, hat ein kleiner Teil Deutschland erreicht. Was sind die Fluchtursachen? Was können wir dafür tun, dass Menschen in ihrer Heimat bleiben können? Diese Veranstaltung kann einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass sich die Gesellschaft darüber Gedanken macht, wie Fluchtursachen verhindert werden können. Auch bei unterschiedlichen Herangehensweisen und Interessen sollten diese Unterschiede nicht auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden. Es gibt keine einfachen Antworten! Diese Botschaft wurde vielen BrandenburgerInnen übermittelt. Brandenburg ist keine Insel, Streiten kann man auf dieser Ebene sehr trefflich, das hat die EU deutlich gemacht. Aber ein positiver Streit sieht leider anderes aus. Es ist eine harte Bewährungsprobe für das Thema. Was ist zu tun? Wir müssen EU-Politik möglicherweise gänzlich neu ausrichten: Partizipation statt Hinterzimmer-Diplomatie.

Wir müssen die europäische Idee positiv besetzen und übermitteln! Lügen über die EU sind auf offene Ohren gestoßen. Der Brexit ist kein Maßstab. Die Flüchtlingskrise ist auch keine Krise. Es ist nicht der Wohlstand allein, sondern die Aussicht auf Frieden und Rechtsstaat und einen respektvollen Umgang miteinander, die die Menschen zu uns kommen lassen. Deshalb müssen wir diese Werte verteidigen. Gemeinsam mit der EU leisten wir mit dem Bürgerdialog in Eberswalde, Senftenberg, Frankfurt/Oder, Neuruppin und heute Abend hier in Potsdam einen kleinen Beitrag. Migrationsfragen können nur gemeinsam gelöst werden. Erfreulich ist die rege Beteiligung. Es gibt keine einfachen Antworten, wir müssen unsere Werte verteidigen. Wir sind dabei, Strategien zu entwickeln, um die Herausforderungen besser bewältigen und vermitteln zu können. Ich wünsche gute Gespräche, regen Austausch und ehrliche Debatten und danke allen TeilnehmerInnen und Fachleuten, die hier sitzen und ihre Expertise zur Verfügung stellen.

Richard Kühnel

Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

Wichtige Punkte wurden angesprochen: Es bedarf einer Streitkultur, um sich den großen Herausforderungen stellen zu können. Antworten müssen erarbeitet, ausdiskutiert und erstritten werden. Ich freue mich über diese brandenburgische Veranstaltungsreihe und mein Dank geht an alle Teilnehmer der fünf Bürgerdialoge.

Das flache Land darf nicht vergessen werden. Die Menschen dort haben andere Empfindlichkeiten als in den Zentren. Der Dialog sollte mit allen geführt werden, es muss eine offene Debatte geben. Hat nicht das Thema „Flucht“ Tradition in Deutschland? In den letzten Monaten wurde viel geleistet dank des privaten Engagements der Zivilgesellschaft.

Die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge sind kleiner geworden, wie auch die der aus Seenot Geretteten in der Ägäis. Das betrifft aber nur die Länder, mit denen wir ein Abkommen haben. Es arbeiten täglich Menschen sehr intensiv daran, Menschen aus Seenot zu retten. Schlepper aus Nordafrika setzen Boote ein, die den Namen nicht wert sind. Die Seenotretter dürfen aber nicht in die 12 Seemeilenzone.

Hilfestellung in den Herkunftsländern: Auch hier versucht die EU mit einer Reihe von Aktivitäten die Situation zu ändern. Mithilfe des EU-Afrika-Fonds sollen Jobs in den Herkunftsländern geschaffen werden. Die Botschaft lautet: Wir sind auf einem guten Weg und müssen am Ende zusammenfinden, um mit einer gemeinsamen europäischen Stimme zu sprechen und zu handeln. Danke an alle für ihr Engagement in diesem Bereich! Die heutige Veranstaltung wird Einfluss auf die Diskussion haben.



© Europäische Kommission

Impulsgeber 1: Axel Grafmanns

Sea Watch e. V.

Kennen Sie Sea Watch? Der Verein wurde im Dezember 2014 gegründet von Brandenburger Landeiern, die gesagt haben, so geht's nicht weiter, wir kaufen einen Krabbenkutter, fahren ins Mittelmeer und bringen die Bilder nach Hause. Das haben wir auch gemacht und als wir das ganze Elend gesehen haben, stellten wir fest, dass wir nicht mit der Filmkamera draufschauen können, sondern dass die Leute gerettet werden müssen. Wir kamen zurück, fanden genügend Spender und retten seitdem Menschenleben.

1 zu 16, das war die Todesrate im April 2016. D.h. einer von 16 Flüchtenden ist gestorben von denjenigen, die sich von Libyen aus auf den Weg gemacht haben. Das ist Rekord, es gab noch nie so viele Tote zuvor! Wenn Herr Kühnel von Erfolgserlebnissen spricht, dann sprechen diese Zahlen Hohn. Es gibt viele Schiffe von der NATO, Frontex, Operation Sophia u. a., Seenotrettung ist allerdings nicht deren Aufgabe. Was machen all diese Schiffe, wenn nicht Leben retten? In Griechenland sind über 50.000 Geflüchtete gestrandet, der Großteil von ihnen Frauen und Kinder. Sie kommen nicht mehr weiter, weil die Balkanroute zu ist. Die libysche Küstenwache hat ein Schiff von ‚Ärzte ohne Grenzen‘ angegriffen. Es gab zwar keine Tote, aber was soll das? Diese libysche Küstenwache wird von der EU ausgebildet und greift NGO-Schiffe an. Ist das ein Erfolg?

2012 hat die EU den Friedensnobelpreis bekommen. Ist es absurd, zu verlangen, dass sich der Preisträger den Allgemeinen Menschenrechten der UN verpflichtet fühlt, oder wie passt das mit 35.000 Toten im Mittelmeer zusammen? Art. 4 – keine Folter/Sklaverei: Auf den Schiffen gibt es das alles und die Leute auf den Schiffen, die von der EU zurückgedrängt werden, erwartet genau das in ihren Herkunftsländern. Art. 5 – Folter, grausame Behandlung – gehen argumentativ in die gleiche Richtung. Ist das ein Erfolgserlebnis?

In Libyen drohen unmenschliche Bedingungen. In einer interessanten Analyse von Pro Asyl wird festgestellt, dass durch die Sperrung der Fluchtwege über Land (Balkanroute, Türkei) und die schnellere Abschiebung die Zahl derjenigen wächst, die über den failed state Libyen kommen, gerade weil es dort keine Abkommen mit der EU gibt. Es geht um Menschen, die jämmerlich sterben im Mittelmeer. Denken Sie darüber nach! Vielen Dank!

Impulsgeberin 2: Prof. Dr. Angela Mickley

Fachhochschule Potsdam

An der Fachhochschule Potsdam unterrichte ich Friedenserziehung, Konfliktbearbeitung und Ökologie. Aber bereits vor dieser Tätigkeit habe ich vielfältige eigene Erfahrungen mit Konflikten gemacht. Zu Zeiten des Nordirlandkonfliktes lebte ich in Irland und forschte dort während meines Studiums über gewaltfreie Bewegungen. Ich habe selbst zwei Flüchtlinge, einen Syrer und einen Iraker bei mir aufgenommen. Das sind keine Touristen, sie sind unfreiwillig hier und müssen sich irgendwie zurechtfinden. Ganz

auf die Schnelle gehen Veränderungen nicht, weil die Menschen sich nicht so einfach etwas sagen lassen. Bei der Ursachenforschung geht der einzige Weg über die eigene Motivation. Nur so bildet sich ein Modell heraus, wie akute Gewalt unterbrochen werden kann. Es ist bekannt, was Kriege langfristig auslösen, nämlich Albträume, Traumatisierungen, etc. So wichtig Nachsorge und Integration ist, grundsätzlich aber sollte der Ausbruch von Konflikten verhindert werden. Wie kann den Menschen geholfen werden? Da ist die Arbeit in der Prävention, der Integration und der direkten Hilfe, wie die von Sea Watch e.V. Innerhalb der Konfliktbearbeitung bin ich auf ein Verfahren gestoßen, das alle drei Bereiche anstößt. In der Mediation soll man Beteiligte grundsätzlich ihre eigene Lösung finden lassen. Eine Begleitung findet dahingehend statt, dass eigene Definitionen gefunden und verarbeitet werden.

Bei einer kleinen Übung mit den Zuhörerinnen und Zuhörern, die die Arme einmal in die eine und dann in die andere Richtung verschränken sollen, stellte sich heraus, dass die ungewohnte Abfolge von Aktivitäten Schwierigkeiten bereitet.

Das unterstreicht meine These, dass Veränderungen nicht leicht von der Hand gehen, sie fühlen sich ungewohnt an, es braucht Orientierung. In der direkten Arbeit mit anderen Personen steht nicht technische Sicherheit im Vordergrund, sondern beziehungsbasierte Sicherheit. Daraus ist zu schließen, dass eine kurzfristige, auf Abschottung ausgerichtete Politik, falsch ist. Man bleibt so auf der Akutebene (Feuerwehr) und vergisst dabei den Umgang mit den unausweichlichen mittel- und langfristigen Folgen.

Meine These lautet: Wir sollten vielmehr die vielen Flüchtlingslager an den Grenzen zum Irak, Syrien oder Libyen unterstützen und nicht Situationen befördern, die Konflikte steigern, die die Menschen veranlassen, ihre Heimat zu verlassen.

Impulsgeber 3: Dr. Falk Schmitt

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), Potsdam

Es ist wichtig, akute Fragen zu unterscheiden, z.B. Menschenleben retten und dann Betroffene zu Akteure werden lassen, um Probleme zu bewältigen.

Zwei Punkte: Wie arbeiten wir? Was können wir beisteuern?

Nachhaltigkeitsziele gibt es bereits seit 2002, jetzt sind sie erstmals selbstverpflichtend in Deutschland. Man kann sie nutzen, sich einzumischen und Optionen konkret werden zu lassen. Die Optionen sind breiter gestreut. Bei der Umsetzung ist es einerseits wichtig, die Ziele zur Realisierung zu bringen und im globalen Kontext zu ermitteln, was eigentlich die Auswirkungen unserer Handlungen auf unsere Partnerländer sind. Positive Auswirkungen gibt es im Bereich von Klima und Energieversorgung – hier hat Deutschland etwas zu bieten. Wie kann man sich ein Leben 2050 vorstellen?

Denkfigur der ökologischen Rucksäcke: Was genießt man mit einer Tasse Kaffee mit? Eine weiterführende, sich abzeichnende Strategie ist, den Referenzrahmen für Akteure zu schaffen, thematisieren, um auf den Punkt zu bringen. Wie steht es um die

Kohärenz im Politischen und darüber hinaus? Welche Zielkonflikte gibt es? Wo und wie können wir sie abarbeiten? Der Diskurs über Nachhaltigkeit existiert seit 30 Jahren. Wir kommen von einem kohärenten globalen Gesellschaftsvertrag, der runtergezoomt wird auf den Klimaschutzplan (z. B. Kohleausstieg). Nicht nur Grenzen setzen, sondern konkrete Lösungsmöglichkeiten anbieten – Strukturförderung – Agenda 2030 – wie können Transformationen zum Abschluss gebracht werden? Wie geht man mit der schrumpfenden Bevölkerung in Europa um, um das herum die Bevölkerung wächst? Das ist ein sog. Push-Faktor. Das IASS arbeitet stark daran, Ressourcen und menschliche Bedürfnisse voranzubringen – Natur und Mensch – Umwelt und Entwicklung, darum muss es gehen. In einem zweiten Bereich beschäftigen sich die Wissenschaftler vom IASS mit der Energieversorgung: nachhaltige, saubere und globalisierungsfähige Neuinvestitionen sind heute schon im erneuerbaren Investitionsvolumen zugerechnet.

Meine These lautet: Die Gesellschaft wandelt sich, eine weltweite und föderale Nachhaltigkeitsstrategie ist unumgänglich. Wir müssen uns den Herausforderungen stellen. Das ist unumgänglich!

Abdou Rahime Diallo:



Der globale Norden ist selbst eine Entwicklungsregion. Länder wie Bolivien und Ecuador haben den Wert von Artenschutz etc. in ihre Verfassung hineingeschrieben, das ist hier nicht passiert.

Impulsgeberin 4: Jana Anne Scheible

Forschungszentrum des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg

Titel: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten – Umfassende Erhebung zur Lebenssituation von Geflüchteten – erste Ergebnisse:

Mithilfe der Datenerhebung sollen Maßnahmen gefunden werden, wie rechtliche Rahmenbedingungen und Hilfe bereitgestellt werden können.

Studiendesign: Es handelt sich um eine quantitative Panelstudie, die über die nächsten drei Jahre weitergeführt wird. Teil 1 beschäftigt sich mit Erwachsenen, in Teil 2 im nächsten Jahr werden Familien, Kinder und Jugendliche befragt. Der gesamte Studienumfang umfasst ca. 4.500 Personeninterviews. Die Stichprobenziehung erfolgt aus dem Ausländerzentralregister (AZR). Bei den in Teil 1 Befragten handelt es sich um Menschen, die zwischen dem 1.1.2013 und 31.1.2016 als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind und einen Asylantrag gestellt haben.

Die Ergebnisse sind in einer Kurz- und einer Langfassung veröffentlicht. Heute werden von allen behandelten Themen nur Fragen zu Fluchtursachen vorgetragen.

Warum verlassen die Geflüchteten ihr Herkunftsland? Weit vor allen anderen Aussagen stehen Angst vor Krieg und gewaltsamen Konflikten mit 70% an erster

Stelle, gefolgt von Verfolgung, schlechten persönlichen Lebensbedingungen, Diskriminierung, Angst vor Zwangsrekrutierung und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation im Land. Familiäre Gründe treffen lediglich für unter 10% zu.

Warum entscheiden sich die Geflüchteten für Deutschland? Mit 73% steht Achtung der Menschenrechte an erster Stelle. Weniger häufig mit 43% bzw. 42% folgen das Bildungssystem und das Gefühl, willkommen zu sein. Die Gründe staatliche soziale Wohlfahrt, wirtschaftliche Situation und auch familiäre Aspekte, wie Familienzusammenführung, Freunde/Bekannte leben bereits hier etc., fallen eher marginal aus.

Welche Erfahrungen mit Risiken machen Geflüchtete? Wirtschaftliche Ausbeutung schlägt bei Frauen mit 60% und bei Männern mit 52% zu Buche. Von Gefängnisaufenthalten berichten 38% der Frauen und 42% der Männer. Körperliche Übergriffe beklagen 40% Männer und 33% Frauen. Der Anteil derjenigen, die von Schiffbruch, Erpressung und Raubüberfällen getroffen waren, liegt im unteren Drittel. 15% der Frauen gaben an, Opfer sexueller Belästigung geworden zu sein.

Somit lässt sich feststellen, dass Angst vor Krieg und Gewalt das dominierende Fluchtmotiv ist. Das Schutzbedürfnis der Geflüchteten ist entscheidend für die Wahl Deutschlands als Zielland. Fluchtdauer und -Kosten sind am höchsten für Geflüchtete aus Ländern des Nahen Ostens, am geringsten im ehemaligen Ostblock wie Balkan etc. Bei den Fluchtrisiken ist eine kritische Situation in Transitländern zu verzeichnen, dort sind Flüchtlinge sehr hohen Gefahren ausgesetzt.

Impulsgeber 5: Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

WeltTrends e.V.

Zum Thema stelle ich neun Thesen zur Debatte:

1. Flüchtlingsexodus, AfD-Aufstieg, Brexit, Trump-Sieg. Wieso „Schock“, sogar „Entsetzen“? Es ist der Mangel an analytischer Intelligenz und Realismus, begleitet vom Totalversagen manipulativer Demoskopen sowie der Meinungssöldner in herrschaftsnahen Massenmedien und Forschungsinstituten.
2. Europa steht vor dem Beginn umfassender Umbrüche, die, wenn nicht demokratisch, dann autoritär erfolgen werden. Die entstandene Weltordnung befindet sich in Auflösung und gezielter Zerstörung. Das einmalige Demokratieprojekt EU steht zur Disposition. Nötig sind konzeptionell neue Wirtschafts- und Politikentwürfe. Deutschland nimmt seine massive Verantwortung als Zentralstaat der EU nicht ausreichend wahr.
3. Das Hauptproblem ist die sich vertiefende Globalisierung bei dramatischer Ausweitung des zivilisatorischen Gefälles innerhalb und zwischen den Großregionen Eurasiens/ Afrikas. Es gibt keine aufholende Entwicklung der Wirtschaft. Globalisierung ist aber kein Naturereignis, sondern von Menschen gemacht und beeinflussbar/steuerbar. Es besteht ein Führungsversagen der Merkel-Regierung. Deutschland hat einseitig

die Abkommen von Schengen und Dublin gebrochen. Die Massenmedien machen das mit und treiben sie in den Nationalismus hinein. Es wird eine „Unterentwicklungspolitik“ betrieben. Nicht einmal die 0,7% Entwicklungshilfe werden geleistet. Die Millenniumsziele wurden nicht erfüllt. Die neuen UN-Entwicklungsziele sind nicht finanziert und deshalb illusorisch.

Unter Mithilfe der EU wurden in Schlüsselstaaten wie Irak, Libyen und Syrien Diktaturen zerschlagen. Wer sollen die neuen Partner sein? Wir verweigern den Dialog mit Russland? Der IS als Partner ist undenkbar. Die UNO ist verhandlungsunfähig wegen der Blockade gegenüber Russland. Wir brechen Völkerrecht, auch das neue Weißbuch ist kontraproduktiv. Seit Rio sind alle globalen Konferenzen gescheitert. Zu konstatieren sind gewaltige demografische Verschiebungen und ein extremer Bevölkerungsdruck. Entgegen den Erwartungen ist die Entwicklung in Afrika aber nicht aufholend. Deshalb bleiben die Kernprobleme auch nach dem Ende der Kriege bestehen. Die Regionen werden total zerstört sein.

4. Die Flüchtlingsströme treffen auf ein krisengeschütteltes Europa. Die neokonservative EU-Elite verursachte am Anfang des 21. Jh. eine multiple Systemkrise. Eine Krise der Marktwirtschaft, vergleichbar mit der am Anfang des 20. Jahrhunderts: damals entstanden rote und schwarze Diktaturen sowie Weltkriege. Ein katastrophaler Niedergang der europäischen Zivilisation. Nach einer historisch kurzen Entspannungsphase offenbaren sich in der Gegenwart ähnliche Gefahren, verstärkt durch völkerfluchtartige Migrationswellen sowie damit einhergehende sozioökonomische Instabilität, religiösen Fundamentalismus und extensiven Terrorismus.

5. Im Ergebnis dessen spitzt sich die tiefe sozialökonomische Spaltung der deutschen Gesellschaft mit dem Trend zur Radikalisierung zu. Es offenbart sich eine eklatante Reformunfähigkeit der europäischen/deutschen Führungseliten. Sie verlieren die Verbindung zur Demokratie und verwirken ihr Recht auf Führung. Die benachteiligten Bevölkerungsschichten versuchen das Establishment abzuwählen.

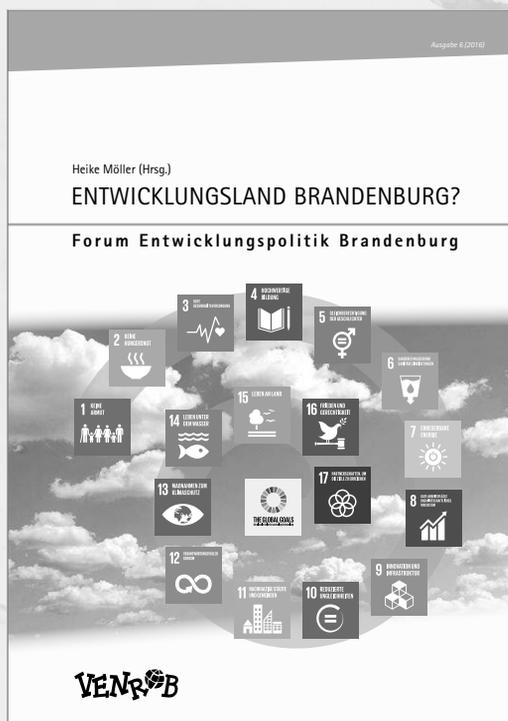
6. Die Außen- und Militärpolitik ist geprägt von nationalchauvinistischer Handelspolitik durch extreme Exportüberschüsse von über 250 Mrd. Euro., Landgrabbing und einseitige Verträge mit afrikanischen Staaten, Interventionspolitik einer „Armee im Einsatz“, Afghanistan z. B. ist schlimmer dran als vorher.

7. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik entstehen durch die geringe Qualifizierung der Einwanderer Integrationsprobleme. Die AfD nutzt das. 2017 ist Bundestagswahl mit langfristigen Folgen. Der Trump-Sieg ist auch verursacht durch das Scheitern des verbrecherischen Drohnenkriegers Obama. Auch wir stehen vor gesellschaftspolitischen Umbrüchen.

8. Die Situation ist extrem komplex und die Lösungsansätze sind vielfältig. Eine zeitgemäße Entwicklungspolitik ist überfällig. Entwicklungsminister Gerd Müller ist konstruktiv. Es geht um die Durchsetzung einer gemeinsamen Asyl-/Einwande-

rungspolitik der EU, Gestaltung der deutschen Politik, z. B. einem Investitionsprogramm von mehreren 100 Mrd. Euro, Normalisierung der Beziehungen zu Russland (analog Kohl/Schröder), institutionelle Konzentration durch Entwicklung des BAMF zum Bundesministerium, Ausgestaltung des Rechtssystems.

9. Die größten Kulturprobleme beginnen erst und dauern Generationen an. Die Vielfalt von Religionen, christlich, jüdisch, muslimisch usw. treten zueinander und mit dem Atheismus, der Weltanschauung moderner bürgerlicher Gesellschaften in Konflikt. Es kann und darf kein zurück hinter die Aufklärung Europas geben. Alle Religionen sind fortschrittshemmend. Wir stehen am Beginn einer neuen Phase von Aufklärung. Brandenburg hat hier eine gute Tradition der Toleranz, das „Edikt von Potsdam“ von 1685. Dabei soll es bleiben!



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016) **Entwicklungsland Brandenburg?**

Es ist das Primat der Politik, gesetzliche und steuerliche Vorgaben zu machen und ressortübergreifend ökologische Rahmenbedingungen zu setzen – zwingende Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften. Selbst wenn die Einsicht dazu Raum greift, weichen oftmals zu lange Übergangsfristen, schwammige Formulierungen oder Kompetenzgerangel die guten Absichten auf. So wird es auch spannend, wie die 17 Oberziele Sustainable Development Goals (SDG) mit ihren 169 Unterzielen Eingang in zukünftige Politiken finden werden.

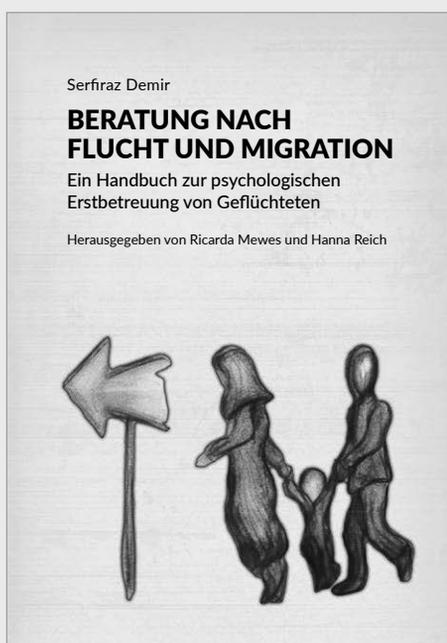
info@venrob.org | www.welttrends.de

Erwiderungsrunde

Richard Kühnel:

Ich bedauere, mit eingangs genannten Zahlen einen missverständlichen Eindruck erweckt zu haben. Europa ist aber Teil einer Lösung. Die Schließung der „Balkan-Route“ war keine Entscheidung der EU. Zum Türkei-Abkommen: Deutschland investiert in die Gesunden-Versorgung und Schulausbildung vor Ort und ist gleichzeitig der größte Humanitär-Geber in Syrien. In Libyen gibt es derzeit keine verlässlichen Strukturen, die Menschenrechte werden nicht geachtet und die EU hat ihr Ziel, dort Standards zu schaffen, noch nicht erreicht.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) sollen auch in europäische Bereiche aufgenommen werden, hier müssen noch Hausaufgaben gemacht werden. Die EU ist hier ganz gut unterwegs, deshalb: Das Glas nicht halbleer sondern halbvoll. Ich fühle mich als mobiler europäischer Integrationsbürger – nicht als Migrant.



Serfiraz Demir

Beratung nach Flucht und Migration

Ein Handbuch zur psychologischen Erstbetreuung von Geflüchteten

Flucht ist eine traumatische Erfahrung, die Fluchtursachen sind es in der Regel erst recht. Geflüchtete kommen daher häufig psychisch hoch belastet in Deutschland an und leiden hier zudem unter migrationspezifischen Stressoren. Das Angebot psychologischer Behandlungen für Asylsuchende ist bislang jedoch unzureichend. Serfiraz Demir, Hanna Reich und Ricarda Mewes zeigen, wie eine evidenzbasierte psychologische Erstbetreuung bei Geflüchteten in Form einer psychoedukativen Gruppe in kurzer Zeit umgesetzt werden kann.

ISBN 978-3-945878-12-5 | 15,90 Euro | 139 Seiten

Podiumsdiskussion

Santhosh Persaud:

*Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung,
Europäische Kommission*

Nur der kleinere Teil der Flüchtlinge kommt in Europa an. Die EU unterstützt daher mit einem neuen Ansatz (Mitteilung ‚Ein Leben in Würde‘) ihre Partnerländer dabei, mit der Herausforderung umzugehen. Im Umgang mit Flucht und Vertreibung trägt die EU Verantwortung und leistet einen wichtigen Beitrag, aber Gleiches gilt auch für Bundesregierung, Landesregierung und Kommunen. Mit dem Wort „Krise“ sollte man vorsichtig sein, aber dank der großen Aufmerksamkeit reden jetzt alle viel mehr miteinander und das ist gut für die Streitkultur.



Abdou Rahime Diallo:

Die Politik auf Hoher See äußert sich so, dass sie nicht tut, was sie sagt, bzw. wozu sie verpflichtet ist. Wie gehen Sie damit um?

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba:

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, HUB

Es gibt Gründe dafür, was uns voneinander unterscheidet. Primär wird in Differenzbildern argumentiert. Eurozentrisch betrachtet, ist die Flüchtlingskrise keine Flüchtlingskrise, sondern eine Europakrise. Die schlichte Wahrheit der AfD drückt sich in Metaphern wie „Wellen der Flüchtlinge“ aus, Bilder von anderen sind Bilder von Fremden. Aus der praktischen Arbeit erleben die Leute aber nicht mehr Differenz, sondern Konvergenz. Darauf treffen die meisten, die zu uns kommen. Wir halten uns für identitär, wenn wir aber genauer hinsehen, sind die Gemeinsamkeiten viel größer, die Bilder aber sprechen eine andere Sprache. Beispiel Religion: Im muslimischen Alltag spielt Religion bei weitem nicht die Rolle, die die Medien hier propagieren. Unter den Muslimen gibt es einen eher laxen Umgang damit. Die Bilder der Fremden müssen erst aufgearbeitet werden, ehe sich Bilder der Gemeinsamkeit finden lassen.

Dr. Torsten Moritz:

Churches' Commission for Migrants in Europe:

Wichtiges Stichwort: Wessen Krise ist es überhaupt? Die Krise wird konstruiert von Ländern, in denen die Leute ankommen. Migration und Flucht sind aber eine Dauererfahrung, d.h. eine Normalität. Deshalb sollen wir dahin kommen, Fluchtursachen zu erkennen und Flucht als eine Konstante zu sehen. In proaktiver Vorbereitung müssen wir mit der heimischen Bevölkerung in Diskussion kommen und keine Angst davor haben, sonst werden wir die Wahlen an die AfD verlieren.





Dr. Boniface Mabanza:

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika

Mit abschreckenden Bildern und „Rückführungsvideos“ sollen Menschen davon abgehalten werden, nach Deutschland zu kommen. Selbst die Fremdwahrnehmung im Westen hat nichts mit Identität zu tun – es ist eher die Selbstentmachtung der politischen Dominanz und die Flüchtlingsproblematik hat nur z.T. damit zu tun. In der Welt gibt es viel zu viel Diebstahl und Zerstörung. Aufgrund dieser Bilder meint man, erst den Diebstahl begrenzen zu müssen, bevor man darüber nachdenkt, wie Hilfestellung geleistet werden kann. Die Flüchtlingskrise kann nicht getrennt werden von den internen Krisen, die Europa durchmacht: Kapitalismuskrisis, Sozialkrise, Umweltkrise. Dieses Gefühl bei den Menschen muss in engen Zusammenhang gesehen werden, wie die Selbst- und Fremdwahrnehmung funktioniert.



Achim Johannsen:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ

In Antwort auf Herrn Moritz stimme ich seiner Ansicht voll und ganz zu, dass Migration ein Phänomen ist, das da ist und Chancen bietet. Migration als solche sollte nicht in die Krisen-Schublade gesteckt werden. Bei der Differenzierung des Begriffs stoßen wir auf die Flucht. Wir im BMZ bestehen darauf, Flucht als Teilmenge von Migration zu definieren.

Abdou Rahime Diallo:

Wo sieht das BMZ seine Aufgaben?

Achim Johannsen:

Es ist ein Kohärenzproblem vom BMZ, die Fluchtursachen dieser Welt zu eliminieren. Es gibt eine Reihe vorgeschalteter Probleme, das BMZ sieht seine Aufgabe darin, strukturelle Probleme zu vermindern und damit Fluchtursachen zu verringern. Klar ist, dass es gilt, Fluchtursachen vermindern, und bei freiwilliger Migration Integration zu fördern.

Detlev Groß:

Herr Kaschuba, müssten die Deutschen nicht viel sensibler sein angesichts der unzähligen Bilder, die derzeit auf sie einwirken?

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba:

Der Soziologe in mir sagt, wir kommen nicht ohne Bilder aus, sie sind ein ganz wichtiges Instrument der Selbstbestätigung wie das Beispiel „Volk der Dichter und Denker“ zeigt. Es steckt auch eine ökonomische Kraft in der Welt der Bilder. Was bedeuten Bilder für AfD-Wähler? Eine extrem hohe Kontinuität der Abstammungsgesellschaft, obwohl wir aber mittlerweile eine außerordentlich hohe heterogene Gesellschaft geworden sind. Wir müssen in unseren Bildern ehrlicher werden, dann werden wir feststellen, dass es eigentlich geteilte Schicksale sind in einer offenen Gesellschaft. Mein Vorschlag ist, dass wir:

1. Bilder von Aktionen der Flüchtlingshelferinnen und -helfer auf Marktplätzen zeigen, das gäbe ein buntes Bild von Deutschland.
2. Integration in die Gesellschaft fördern, indem wir Gemeinsamkeiten suchen, die den Lebensalltag passieren und nicht unbedingt im Grundgesetz stehen. Alle Flüchtlinge müssen aus dem Ghetto raus und integriert werden, sonst sind wir im Begriff, eine gespaltene Gesellschaft zu werden, zwar städtisch offen und urban, aber auch mit Gruppen, die damit Probleme haben.
3. Stichwort Elitenversagen: Wir brauchen mehr globalen Gemeinsinn und weniger globalen Eigensinn, eine vernünftige Außenpolitik und eine mehr an Nachhaltigkeit orientierte Wirtschaftspolitik, weil Investitionen in die Weltgesellschaft die beste Investition in die eigene Gesellschaft sind.

Bodo von Borries:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V., VENRO

Die klassische NRO-Arbeit hat ein Nachwuchsproblem. Der Begriff der Inklusion bedeutet ja so viel wie Öffnung der Gesellschaft generell. Unser Personal, das von Austausch und Reisen geprägt ist, muss sich auch damit befassen, welche Bilder es von Entwicklungszusammenarbeit hat oder welche es unfreiwillig verfestigt. Wir stehen im Dialog mit den Spendengebern. Zu den Fluchtursachen: Trennung von Flucht und Migration, welche Schritte könnte Deutschland gehen, im Moment sind wir sprachlos, es ist ein zu großes Feld.



Heiko Schmidt:

Internationales Zentrum der Fachhochschule Polizei

Wir am Internationalen Zentrum der Polizeifachhochschule sind zuständig für internationale Maßnahmen der brandenburgischen Polizei und als Bestandteil der deutschen Polizei sind wir weltweit initiativ. Unser Fachpersonal versucht, die Sicherheit in unsicheren Ländern zu verbessern. Ohne gesicherte Rahmenbedingungen lassen sich schlechter Arbeitsplätze schaffen. Nehmen wir das Beispiel Kosovo: Dort sind sehr viele junge Menschen durch Verbesserung der polizeilichen Arbeit und der Kooperation mit



der Staatsanwaltschaft durch die internationale Unterstützung mit höheren Chancen versehen worden, in Lohn und Brot zu kommen. Größere innere Sicherheit führt zur Reduzierung von Korruption und organisierter Kriminalität, was auch den anderen europäischen Staaten hilft. Die Unterstützung durch deutsche Polizei mit Missionen und Projekten umfasst die palästinensischen Autonomiegebiete, Afghanistan, afrikanische Länder, den Balkan (Kosovo, Bosnien-Herzegovina, Mazedonien) u. v. m.

Michael Olma:

Zentralverband des deutschen Handwerks

Handwerk und Wirtschaft sind insgesamt von der Problematik sehr betroffen, nicht nur hier, sondern auch in den Herkunftsländern. Der gemeinsame Nenner der Wirtschaft ist Bildung als entscheidender Faktor für Integration in Deutschland, wie auch zur Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsländern. Also eine Ausbildung, die in Beschäftigung mündet und bedarfsgerecht orientiert ist. Das Handwerk bietet aufgrund des Fachkräftemangels, der sich in den letzten Jahren sehr verschärft hat, Ausbildungsplätze und Maßnahmen für Flüchtlinge an. Mit verschiedenen Aktionen werden unter den Flüchtlinge Fachkräfte für Betriebe gesucht. Die zu uns gekommenen Personen sind in den weitaus meisten Fällen nicht qualifiziert genug. Sie brauchen Vorausbildungen, Sprachkurse, etc. Das sind lange, zähe Prozesse, für die die rechtlichen Rahmenbedingungen bisher nicht gegeben waren.

Abdou Rahime Diallo:

Die Begriffe sollten nicht eurozentriert werden. Bildung richtet sich nicht nach europäischem Blueprint, sondern qualifiziert nach Beschäftigung. Wie soll das ablaufen innerhalb der Migranten und Geflüchteten? Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen?

Dr. Boniface Mabanza:

Die Friedensmissionen der Polizei schätze ich sehr. Sie verfügt über viele Erfahrungen in der Unterstützung der Kapazitäten der örtlichen Polizei, um das Leben der Menschen in den Einsatzgebieten zu verbessern. Was aber fehlt in der Diskussion um die Bekämpfung von Fluchtursachen? Es muss zu Hause in Deutschland beginnen, aber was bedeutet das? Es ist ein strukturelles Problem. Handelsabkommen folgen nur der Logik der Marktmechanismen. Lokale Produzenten haben keine Chancen gegenüber Exporten aus Industrieländern. Das führt unweigerlich zur Zerstörung von Arbeitsplätzen. Der afrikanische Kontinent ist Netto-Gläubiger für den Rest der Welt. Mehr als 1.400 Mrd. US-\$ gehen in Steuerparadiesen verloren oder fließen direkt nach Europa an europäische Unternehmen zurück, die durch innovative Steuerpraxis dank einer kriminellen Finanzarchitektur so gut wie keine Abgaben zahlen. Das muss bekämpft werden!



Achim Johannsen:

Dem BMZ ist die Problematik durchaus bewusst und hat Positionen für die Sicherstellung einer Entwicklungsförderung, die wichtige, sensible Strukturen in den Ländern schützt.

Zu Frau Mickley: Über 86% der Flüchtlinge sind in den unmittelbaren Nachbarländern der Geflüchteten. Die allermeisten Menschen leben nicht in Flüchtlingscamps, sondern in Aufnahmegemeinden. Allein in diesem Jahr setzt das BMZ 3 Mrd. Euro ein für die Bekämpfung der Komplexe ‚Flucht und Fluchtursachen‘, z. B. für die Wasserversorgung in Jordanien oder die Finanzierung jordanischer Lehrer, die syrische Flüchtlingskinder unterrichten. Mit der ‚Beschäftigungsoffensive Nahost‘ versuchen wir, Perspektiven zu schaffen. Mit 200 Mio. Euro werden 50.000 Arbeitsplätze geschaffen. Das BMZ ignoriert überhaupt nicht das Problem der Flüchtlinge in ihren Nachbarländern!

Dr. Boniface Mabanza:

Das 0,7-Prozent-Ziel wurde seit mehr als 40 Jahren nicht erreicht. Die Musik spielt woanders.



Schlussstatements

Michael Olma:

Der Beitrag der Wirtschaft in unseren Partnerländern ist auch die berufliche Qualifizierung vor Ort. Dieser kann ausgebaut werden, es sollen aber keine deutschen Strukturen kopiert werden, sondern angepasstes und unterstützendes Arbeiten. Viele erfolgreiche kleine Projekte belegen das. Es ist wichtig, vor Ausbruch der Krisen bereits zu arbeiten. Erfahrungen mit Firmen und Organisationen in den Ländern zeigen, dass keine Partner gefunden werden, wenn keine funktionierenden Verbands- und Kammerstrukturen in den Ländern vorherrschen im Sinne einer Privatwirtschaft. Projekte sind in solchen Ländern von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Santhosh Persaud:

Flüchtlinge haben ihre Handlungsfähigkeit mit der schweren Entscheidung, aus Angst vor Verfolgung, ihr Land zu verlassen, unter Beweis gestellt. Mit Integrationspolitik können wir sie dabei fördern, ein eigenständiges Leben zu führen. Dies ist Ziel der Unterstützung der EU in ihren Partnerländern. Gleichzeitig helfen wir Aufnahmegemeinden, damit Win-Win-Situationen entstehen. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass die meisten ihr Land trotz Krise und Konflikt nicht verlassen. Auch dazu arbeiten wir, z. B. bei der Unterstützung des Wiederaufbaus der Zentralafrikanischen Republik.

Heiko Schmidt

Die Zusammenarbeit der Teilbereiche ist notwendig. Sicherlich exportieren wir vieles, was anderen Ländern beim Aufbau ihrer Strukturen hilft, die für ein erfolgreiches Wirtschaften nötig ist. Wir arbeiten nicht im eigenen Interesse, sondern unter der OECD und in enger Zusammenarbeit mit der EU.

Dr. Torsten Moritz:

Es braucht mehr Solidarität in der Gesellschaft, für die wir als Kirchen werben. Es muss ein Ende haben mit der Tendenz, Geflüchtete abzuschieben. Wir sollten eine proaktive Politik betreiben, damit die Leute nicht erst flüchten müssen. Begriffe wie Barmherzigkeit sind wichtig, sie kommen aus der evangelischen Tradition.

Bodo v. Borries:

Die Förderung sollte sich auf Konfliktbearbeitungskompetenzen konzentrieren. Das ist ein wichtiger Schwerpunkt. Es bedarf vieler Instrumente, vieler Akteure, weil sehr viele konkrete Dinge aufgebaut werden müssen, und das nicht nur in den aktiven Kriegsländern.

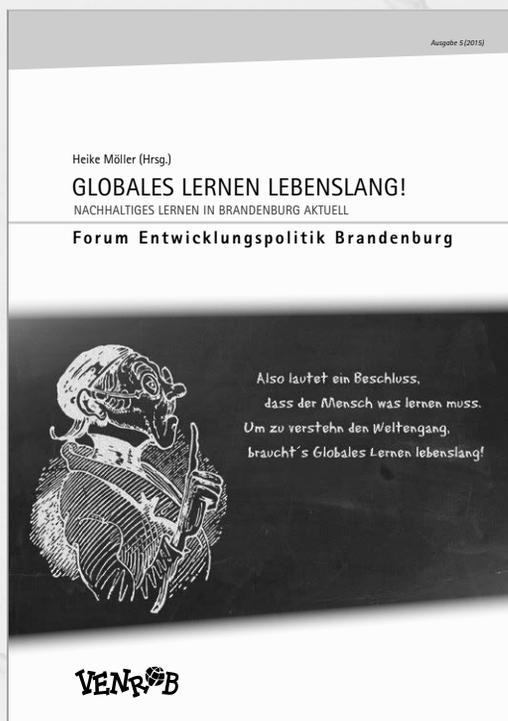
Achim Johannsen:

Wir alle haben als Bürger die Möglichkeit und die Chance, uns für eine gerechtere Welt zu engagieren, z. B. durch den Konsum von Fair-Trade Produkten. Die NGOs leisten wertvolle Arbeit, jeder kann selbst anpacken in der Arbeit mit Flüchtlingen. Bei Bundestagswahlen könnten wir alle Wahlkreiskandidaten fragen, welche Antworten sie auf eine gerechte Welt haben und entsprechend unser Kreuzchen machen.

Dr. Boniface Mabanza:

Die Wahrnehmung der Verhältnisse soll nicht verschleiert werden, um Kohärenz zwischen Politikbereichen zu schaffen. Die Diskussion um Entwicklungszusammenarbeit suggeriert, sie sei ein übergreifendes Thema. Nach meiner Wahrnehmung will aber die EU die wettbewerbsfähigste Zone der gesamten Weltwirtschaft sein und diesem Ziel werden alle anderen Ziele untergeordnet. Aber wir können nur gemeinsam als Weltgemeinschaft überleben, denn nicht nur das Boot der Flüchtlinge kann sinken, auch das Boot der Menschheit!

Ende der Diskussion, Mittagspause



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015) Globales Lernen lebenslang!

Was haben urbane Ballungsräume und ländliche Lebensräume gemeinsam? Zentrale Orte, an denen Menschen zusammenkommen, um zu lernen. Gerade weil unsere Gesellschaft so fragmentiert ist, bedürfen diese Orte des Lernens sowie die Lehrenden einer viel größeren Wertschätzung, angefangen von der Kita bis zur Seniorenuniversität. Globales Lernen lehren und lernen findet an diesen Orten statt – eine zeitgemäße Interpretation des humboldtschen Bildungsideals.

info@venrob.org | www.welttrends.de

Zusammenfassung der Fachgruppe „Wirtschaft in Krisengebieten?“

Carolin Welzel:

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Zwei Themen kristallisierten sich heraus: Wirtschaft und Integration in Deutschland. Dazu gibt es diverse Positionen. Es passiert vieles, einige Beispiele aus dem Bereich Handwerk wurden genannt, z. B. in Nordafrika und der Türkei. Lehrstellen müssen besetzt werden. Für afrikanische und deutsche Unternehmen in Afrika gibt es viele Aufgaben. Es bedarf einer Zusatzfinanzierung, der Einhaltung bzw. Einführung von Standards und die Ausbildung steht ganz oben auf der Agenda. Für deutsche Unternehmen gibt es eine Kompromissformel, die da lautet: Beratung und Begleitung. Es gibt keine Handlungsempfehlungen dazu, wie Verbraucherschutz, Lieferketten, Wirtschaftskreisläufe in Entwicklungsländer gestärkt

werden können und wie wir dazu beitragen können. Eine politische Rahmensetzung unterstützt wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Sebastian Rösner:

In der Fachgruppe „Wirtschaft“ wurden unterschiedliche Thesen und Gesprächsperspektiven bezüglich der Rolle der Wirtschaft in dem Zusammenhang mit Fluchtursachen herausgearbeitet. Generell kann die Wirtschaft dazu beitragen Bleibeperspektiven in den Herkunftsländern von Geflüchteten zu schaffen. Rating-Agenturen können hierbei, durch die Messung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards, zu einer Stärkung von lokalen Wertschöpfungsketten beitragen. Des



Weiteren kann sie einen Integrationsbeitrag in den Ankunftsändern leisten. Bildungsträger haben die Perspektive, dass Kompetenzzentren an den europäischen Grenzen, wie beispielsweise in Griechenland und Italien, die Menschen auf den europäischen Markt vorbereiten können. In Deutschland bilden die Bildungsträger eine Verbindung zum Arbeitsmarkt, und sie könnten durch eine Kooperation mit Tunesien und weiteren afrikanischen Staaten im Vorfeld eine Rolle spielen.

Aus der Perspektive des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks stellt die Qualifizierung von Geflüchteten einen potenziellen Ausgleich von Strukturdefiziten und demographischen Entwicklungen dar. Diese kann durch Qualifizierungsangebote in mittelständischen Betrieben, wie z.B. Syrien, die einen Modellfaktor für den deutschen Markt aufweisen, ausgebildet werden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) könnte anhand eines entsprechenden Programmangebotes dazu beitragen.

Europäische Unternehmen tragen einen Beitrag zu der Entstehung von Fluchtursachen bei. Dementsprechend wurde das Ziel formuliert eine höhere Transparenz seitens der Unternehmen zu schaffen, sowie einen Dialog mit der Zivilgesellschaft zu fördern. Dabei wurde

an die historische Verantwortung, z.B. der Textilbranche, appelliert. Unternehmen sollten sich folglich nicht aufgrund von schwieriger Staatlichkeit zurückziehen, sondern vielmehr im Sinne der Menschenrechte verantwortlicher handeln. Dr. Mabanza hat herausgestellt, dass eine Transformation in afrikanischen Wirtschaftssystemen, aufgrund von westlichen Profitinteressen, ausbleibt. Es seien verbindliche Regeln notwendig, da es bisher keine wirtschaftliche Regulierung gibt. Des Weiteren beanstandete er, dass die Potenziale der Entwicklungszusammenarbeit an afrikanischen Unternehmen vorbeigehen.

Auf brandenburgischer Ebene wird das Modell von Städtepartnerschaften als Möglichkeit gesehen, um eine Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe sowie eine nachhaltige Vernetzung zu erreichen. Zudem wurde diskutiert, ob eine Korrektur des Wirtschaftens durch eine Selbstregulierung bzw. ein Freiwilligkeitsprinzip, oder durch eine Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen bewirkt werden kann.

Abschließend wurde das Thema Geflüchtete in Bezug auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt diskutiert. Aufgrund von häufig unklaren Kompetenzen und Sprachfähigkeiten ist aktuell das Angebot an Ausbildungsplätzen größer als die Nachfrage.



Raina Zimmering

Lateinamerikanische Migration und der Blick nach Europa

Das Thema der lateinamerikanischen Migration wird aktuell durch die Äußerungen und Pläne des neuen US-Präsidenten Trump verstärkt wahrgenommen. Dabei ist die lateinamerikanische Migration eine Massenerscheinung, die länger andauert und eine größere Dimensionen aufweist als diejenige nach Europa. Sie kann daher für die Migrationspolitik der EU interessante Schlussfolgerungen bereithalten. Raina Zimmering untersucht aus dieser vergleichenden Perspektive die Ursachen für Migration und Flucht sowie die Migrationspolitiken der Ziel- und Ausgangsländer und deren Folgen.

ISBN 978-3-945878-48-4 | 16,90 Euro | 140 Seiten

Zusammenfassung der Fachgruppe „Konsum: (Was) Macht der Verbraucher?“

Friederike Spiecker:

Deutsche Gesellschaft e. V.

Gemeinsam mit Herrn Schürmann (MISEREOR) und Herrn Köhler (Deutsch-Afrikanische Verbraucherinitiative) diskutierte die Fachgruppe die Frage „Inwiefern bilden westliche Exporte eine Fluchtursache und was können wir als Verbraucher dagegen unternehmen?“. Der Kontext war hierbei, dass Flüchtlinge aus wirtschaftlicher Bedrohung ihr Land verlassen und anschließend in den Ankunftsändern als „Wirtschaftsflüchtlinge“ zurückgewiesen werden.

Es wurde generell klargestellt, dass westliche Länder vorrangig Rohstoffe wie Kaffee und Kakao importieren, während der Export aus Milchpulver, Weizen, Geflügel und Baby-nahrung besteht. Die Hauptproblematik wurde darin benannt, dass afrikanische

Länder in der globalisierten Wirtschaft mehr Nachteile und Ausbeutung erfahren. Lokale Errungenschaften und strukturelle Verbesserungen durch die Entwicklungszusammenarbeit würden durch Handelsabkommen aufgehoben. So sei auch die Europäische Union durch die WTO dazu gezwungen Schutzzölle fallen zu lassen. Durch diesen Druck erfahren die Handelsabkommen einen negativen Wandel zugunsten westlicher Exporte. Beispielhaft wurde an dieser Stelle der Milchpulverexport von Nestlé genannt, der durch den niedrigen Preis die frische lokale Milch unerschwinglich macht und dadurch die Existenz- bzw. Einkommensgrundlage vieler Haushalte zerstört.

Die erzwungene Öffnung afrikanischer Märkte durch Handelsabkommen mit der EU haben diese vernichtet. Zudem entsteht eine



Kennen Sie schon unsere Fachzeitschriften?

Bedrohung für regionale Wirtschaftszusammenarbeit und den gemeinsamen Wirtschaftsraum in Westafrika. Es wurde appelliert, dass es einen Aufschrei der Bevölkerung, wie es ihn für das TTIP-Abkommen gab, auch für Handelsabkommen mit Afrika geben muss.

Als Ausblick für 2017 wurden folgende Punkte festgehalten:

- Es muss auf gleicher Augenhöhe verhandelt werden und eine moralische Erhöhung der EU beendet werden. Existenziell ist dafür das Recht der Partnerländer für Schutzzölle.
- Bezüglich der Rolle des Konsumenten, muss politischer konsumiert werden. Um diesen Konsum zu ermöglichen, sind allerdings Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung notwendig, da nur auf diesem Weg eine Bewusstseinsbildung angeregt werden kann.
- Mehr Transparenz über die Herkunft und Produktionsbedingungen der Produkte muss den Verbrauchern gewährleistet werden.
- Die Begriffe „Migranten“ und „Flüchtlinge“ sollten geschärft werden, da es innerhalb von Afrika immer schon viele Migranten gegeben hat, wovon sich die wohlhabenden und gebildeten aus Not auf den Weg nach Europa begeben. Dementsprechend sollten sie als Migranten und nicht als Flüchtlinge bezeichnet werden.
- Es fehlen proaktive Bürger, die lokale Politiker mit konkreten Fragen zu aktuellen Problemen in die Pflicht nehmen.

Matthias Schulze:

Sozial- und Kulturanthropologe

Migration auf dem afrikanischen Kontinent ist keine Besonderlichkeit, aber wo sind die Grenzen? Was sind die Gründe für Flucht? Wirtschaftlicher Existenzverlust? Afrikanisch-europäische Handelsabkommen: Vertreter, die die Verträge aushandeln, müssen in die Pflicht genommen werden. Jeder Konsum ist politisch. Es muss eine bessere Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung erfolgen, um Bewusstseinsbildung anzuregen. Transparenz ist nötig.



WeltTrends

Das außenpolitische Journal

Globale Entwicklungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen, Klimapolitik und Abrüstung: *WeltTrends* analysiert und diskutiert internationale Politik.

ISSN 0944-8101 | 4,80 € | 72 S.



Berliner Debatte Initial

Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs

Soziologie und Politologie, Philosophie, Geschichte und Ökonomie: *Berliner Debatte Initial* ergründet den Zeitgeist und die Entwicklungsprobleme moderner Gesellschaften in all ihren Facetten.

ISSN 0863-4564 | 15,00 € | 162 S.



Kultursoziologie

Alltagsphänomene und Zivilisationstendenzen, Kulturkritiken und gesellschaftliche Expression im Wandel der Zeit: Die Zeitschrift *Kultursoziologie* ergreift Entwicklungen aus Geschichte und Gegenwart.

ISSN 0941-343X | 9,90 € | 110 S.



multipolar

Zeitschrift für kritische Sicherheitsforschung

Politische, ökonomische und soziale Aspekte von Sicherheit sowie Grundfragen von Krieg und Frieden: *multipolar* ist kritische Begleiterin und scharfsinnige Analytikerin von Sicherheitspolitik.

ISSN 2511-6363 | 9,90 € | 112 S.

Welt Trends
Potsdamer Wissenschaftsverlag
www.welttrends.de

Zusammenfassung der Fachgruppe „Recht vor Moral vor der ‚Festung Europa‘?“

Dr. Patrick Roger Schnabel:

Kirchlicher Entwicklungsdienst der EKBO

„Recht vor Moral“ als Titel eines Fachgesprächs über den rechtlichen Rahmen und die tatsächliche Praxis der europäischen Asyl- und Migrationspolitik beschreibt gut das Spannungsverhältnis, in dem völker- und europarechtliche sowie mitgliedstaatliche Normsetzungen in diesem Bereich zu dem stehen, was viele Diskussionsteilnehmer als das „moralisch Richtige“ empfinden. Da letzteres jedoch ein stark subjektiver Begriff ist, hat sich das Fachforum schnell darauf verständigt, in einem ersten Schritt zunächst auf die Widersprüche zwischen positivem Recht und Rechtswirklichkeit einzugehen. Anhand einiger Fallbeispiele wurde nämlich sehr schnell deutlich, dass Verwaltungspraxis im Asylrecht oft stärker durch

innenpolitischen Druck („weniger Flüchtlinge“) bestimmt ist als durch die den völkerrechtlichen Regelwerken (wie der Genfer Flüchtlingskonvention) zugrundeliegenden Schutzzwecken. Dies gilt von der Diskussion innerhalb der Europäischen Kommission und ihren Generaldirektionen bis hinunter zur Rechtsanwendung durch die Anerkennungsbehörden und Verwaltungsgerichte in Brandenburg. Von der EU- bis zur Landesebene wird derzeit spürbarer Druck auf die Rechtsanwender und -ausleger ausgeübt, eine restriktive Anerkennungspraxis zu pflegen.

Daraus leitet sich die erste konkrete Forderung ab: Asylanträge Geflüchteter sind ausschließlich im Sinne des Schutzzwecks der einschlägigen völkerrechtlichen Verpflichtungen zu behandeln. Dazu gehört eine gewissenhafte Einzelfallprüfung, mit der eine vorschnelle Kategorisierung nach Herkunftsländern nicht vereinbar ist.



Zusätzlich fordern wir eine Wiederausweitung des zuletzt zu stark beschränkten Familiennachzugs. Der besondere Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG) muss als Kernbestand der normativen Wertordnung des Grundgesetzes auch den Umgang mit Geflüchteten prägen.

In der weiteren Diskussion wurde deutlich, dass eine grund- und menschenrechtsfreundliche Rechtsanwendung nicht alle Fälle erfassen kann, die in juristischer Betrachtung eindeutig, in „moralischer“ Betrachtung des Einzelschicksals jedoch höchst problematisch sind. Rein rechtlich wird – aus guten Gründen – Schutzbedürftigkeit nach Fluchtursachen kategorisiert, während rein moralisch eine solche Kategorisierung fallbezogen nur schwer vertretbar ist: Für den Geflüchteten ist es letztlich irrelevant, ob seine Lebensgrundlagen aufgrund bewaffneter Konflikte oder z.B. aufgrund anhaltender Dürreperioden bedroht oder schon zerstört sind. Eine volle Deckungsgleichheit zwischen dem rechtlich Möglichen und dem moralisch Wünschenswerten wird es in diesem Feld zwar nicht geben können. Gleichwohl muss aber der politische Wille vorhanden sein, Gerechtigkeit (in all ihrer Subjektivität) als Richtungssinn von Recht nicht aus dem Blick zu verlieren, um seine Legitimität als auch ethisch fundierte Ordnung menschlicher Gemeinschaft nicht auszuhöhlen.

Daraus leiten sich weitere konkrete Forderungen ab. Zum einen müssen zügig überzeugende rechtliche Instrumente legaler Migration geschaffen werden, die auch solche Gründe abdecken, die von den völkerrechtlichen Regelwerken nicht erfasst sind und erfasst sein sollen. Solche Migrationssteuerung ist auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Aufnahmestaaten: Sie hilft, Schlepperbanden ihre Geschäftsgrundlage zu entziehen und bietet Steuerungsinstrumente, z.B. auf Fachkräftemangel zu reagieren. Zum anderen muss aber auch das Völkerrecht weiterentwickelt werden. Die bestehenden Schutzregime haben sich aus

den Katastrophen des 20. Jahrhunderts heraus entwickelt, insbesondere den beiden Weltkriegen. Entsprechend fallen die Definitionen von Schutzbedürftigkeit aus. Im 21. Jahrhundert verändern sich aber Bedrohungslagen und damit auch Fluchtgründe. Klimafolgeschäden sind ein relativ neues Phänomen, das aber tatsächlich Lebensperspektiven beeinträchtigt und auch akut Leben bedroht: Mittel- bis langfristig muss das Völkerrecht darauf reagieren und neue Kategorien von Schutzbedürftigkeit entwickeln.

Schließlich wurde in der Gruppe über die Ursachen der immer restriktiveren Fassung und Anwendung des Grundrechts auf Asyl diskutiert. Während zunächst der Politik die Schuld gegeben wurde, da diese Druck auf Verwaltung und Rechtsprechung ausübt, wurde dann deutlich, dass auch PolitikerInnen unter Druck stehen. Offenbar fürchten sie vielfach, vom Souverän – dem Wahlvolk – für eine liberale, d.h. menschenrechtsfreundliche Politik bestraft zu werden. Es ist auch die Aufgabe der Teilnehmenden dieses Fachtags als den VertreterInnen von (Zivil)Gesellschaft, ein soziales Klima zu schaffen, das es der Politik ermöglicht, eine offene und sachgerechte Debatte über die richtige Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens für Asyl und Migration zu führen, ohne ängstlich auf die nächsten Wahlen schauen zu müssen.

Zusammenfassung der Fachgruppe „Frieden schaffen mit und ohne Waffen?“

Heike Möller:

Folgende Fragen wurden vorangestellt: Was ist Krieg? Was sind Waffen? Welche anderen, neuen Diskussionsformen innerhalb Europas gibt es? Zu diesen Fragen und konkreten Berichten aus ihrer Arbeit äußerten sich die ReferentInnen.

Heiko Schmidt berichtet von Einsätzen der deutschen Polizei im Ausland. Sie beinhalten friedenserhaltenden Maßnahmen und werden nur in Ländern eingesetzt, wo die Gefahr, getötet zu werden, gering ist. Deutsche Polizisten haben keine Exekutivfunktion, sie tragen Waffen nur für den Notfall. Im Gegensatz zum Soldaten kann ein Polizist eine Maßnahme im Ausland selbstständig abrechnen. Zu den Hauptaufgaben gehören Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung. Aufgaben, die mehr Sicherheit schaffen, sind Nebeneffekte der Expertise der deutschen Polizei wie z.B. die Durchführung der Polizeireform im Kosovo. Derzeit findet ein Wechsel statt: es gibt mittlerweile nicht nur Militärattachés, sondern auch Polizeiattachés. Im Kosovo beispielsweise hat die deutsche Polizei es geschafft, dass zum ersten Mal nach dem Niedergang Jugoslawiens die Staatsanwaltschaft mit der Polizei zusammenarbeitet. Die Idee ist, eine Art europäischen Standard zu entwickeln für Polizeiarbeit.

Bodo von Borries:

Es ist abzulehnen, dass sich mit Waffen Frieden schaffen lässt. Aus Sicht des VENRO wurde der Einsatz in Afghanistan sehr kritisch gesehen, obwohl es zu Beginn ein stabilisierender Faktor vor Ort war. Die Truppen sind dann aber im Laufe der Zeit als Besatzer wahrgenommen worden. Unterschiedliche Mandate sind zu respektieren. Humanitäre Mandate können nicht in eine Strategie vernetzter Sicherheit gebracht werden. Eine Diskussion entwickelte sich über

die Jahre, es gab keine Einigkeit. Wir sind keine Friedensbewegung, stehen aber einer Vermischung kritisch gegenüber. Wir stehen aber für den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und sehen das als langfristigen Einsatz wie z.B. den Grenzschutz im Sudan.

Axel Grafmanns:

Die zivilen Ziele treiben uns als NGOs an. Wo kann man militärische Einsätze dulden? Z.B. die Einsätze im Mittelmeer: Ziel ist es, die Menschen zurück in ihre Herkunftsländer zu bringen bzw. sie dazu zu drängen. Unabhängige Gremien gibt es nicht. Wenn es einen internationalen Code of conduct gäbe, warum unterstützen die großen Mächte und Mittelmächte nicht die Peacekeeping-Einsätze? Wenn wir einen Schritt weiterkommen wollen, müssen wir ehrlich miteinander reden. Entwicklungshilfe ist auch so ein Punkt. Warum kommen so viele Flüchtlinge über Libyen? Weil alle anderen Länder zu sind, denn sie bekommen europäische Entwicklungshilfe, die in die Grenzsicherung fließt. Im Bürgerkriegsland Libyen gibt es kaum staatliche Strukturen und deshalb keine Entwicklungshilfe. Eritrea, Sudan und Südsudan bekommen massive Entwicklungshilfe. Man kann sich auch fragen, warum die Fidschiinseln und Irland die meisten Soldaten bei UNO Peacekeeping-Einsätzen stellen.

Prof. Dr. Angela Mickley:

Ich lehre an der Fachhochschule in Potsdam und biete Weiterbildung für diverse Gruppen sowie eine Plattform für Konfliktbearbeitung an. Beispielsweise kümmern sich meine MitarbeiterInnen und ich um Berufsgruppen, die mit jugendlichen Flüchtlingen im Straffalle zu tun haben.

Das Modell kann übertragen werden, z. B. auf die Führungsakademie der Bundeswehr, an der ich unterrichte. Dort lernt man, mit Konfliktsituationen so umzugehen, dass die gegnerische Seite am Leben bleibt und sich artikulieren kann. Die Gründe, die zu einem eskalierten Verhalten führen, sind vielfältig. Deshalb müssen Diejenigen, die es mit solchen Menschen - z. B. Kindersoldaten - zu tun haben, darüber Bescheid wissen.

Es gilt, Werte zu vermitteln, Schritte nachvollziehbar zu machen, den Rahmen zu schaffen und in Lotsenmanier zu beraten, was gemacht werden müsste, ohne direkte Anweisungen zu geben. Unter Einbeziehung aller Ebenen werden friedensfördernde Elemente weitergegeben, z. B. bei der Arbeit mit dem Militär in Namibia. Ist die Alternative nur „draufhalten“, ist das schon eine ganze Menge!

Auch der Kaukasus ist eine krisenreiche Region mit vielen zu erwartenden Konflikten und Auseinandersetzungen. Dort bedarf es vieler Kompetenzen. Auch hier wurde mit unterschiedlichen Berufsgruppen inklusive des Geheimdienstes das Konzept der Konfliktbearbeitung intensiv bearbeitet. Alle stellen fest, dass sie mit den gelernten Methoden auch friedliche ihre Ziele erreichen können. Ausgangspunkt sind die Erfahrung mit den Methoden der Interessenvertretung.

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter:

Es gibt in Deutschland die Erfahrung nach den zwei Weltkriegen, dass Interessen nicht militärisch durchgesetzt werden müssen. Die Konzernlenker sind allesamt nichtmilitärisch eingestellt.



Das Paradoxon ist aber: bei Umfragen sprechen sich ca. 80% gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aus, aber nur ca. 60% gegen die Abschaffung der Bundeswehr. Was ist also die Aufgabe der Bundeswehr in einer Demokratie? Was kann man aus der modern ausgerüsteten Bundeswehr machen? Wie können wir dort einen sinnvollen Einsatz generieren? In Afghanistan gab es keine kommunizierten Berichte; was dort geschafft wurde – alles Niederlagen. In unserer Hochschule haben wir mindestens in jeder Klasse ein paar Afghanistan-Rückkehrer. Interessen sind kurz-, mittel-, langfristig – aber gibt es überhaupt einen Willen zum Frieden?

Was sind die systembedingten Aufgaben einer Armee in Deutschland? Der Sprachverfall wird bedauert. Selbst wenn neue Konzepte gedacht werden, auch bei Waffenlieferungen, kommt immer wieder das Arbeitsplatzargument: Wenn wir nicht produzieren und exportieren, machen es die Amerikaner, Franzosen oder Chinesen.

Auf die Frage, wie wir miteinander umgehen, wo wir doch kaum die Möglichkeit haben, mit Konflikten umzugehen, wird hervorgehoben, dass das konstruktive Konfliktmanagement entscheidend ist, d.h. kein Plattmachen, kein Runtermachen. Kinder lernen das konstruktive Konfliktmanagement sehr schnell. Wir gehen in Schulen und Bildungseinrichtungen. Was bringt es? Waffenstillstände kommen eher zustande, sie halten länger und je mehr die Betroffenen darüber wissen, umso stabiler sind sie.

Ein Teilnehmer berichtet von seinen verschiedenen Auslandseinsätzen und kann keine grundsätzliche Lösung präsentieren. Er hat sehr hohen Respekt vor Menschen, die unterwegs sind, um Menschen vorm Ertrinken zu helfen. Das hat mit Zivilcourage zu tun. Trotzdem, Frieden schaffen ohne Waffen – es gibt keine Antwort auf die Fragestellung, wie wir mit der Flüchtlingsthematik umgehen, aber wir müssen uns damit beschäftigen, weil es uns betrifft. Es gibt keine zeitlich kurz gefasste, einfache

Lösung und damit keine Singularität in der Lösung. Alle, die wir hier sitzen, müssen zusammenarbeiten. Eine Gewaltsituation mit Waffengewalt lösen, ist eine ultima ratio. Und alles was danach kommt, muss nachhaltig und langfristig betrachtet werden unter dem Gebot der humanitären Prinzipien.

Innerhalb der Streitkräfte wird sehr wohl über das Für und Wider von Einsätzen gestritten. Aber die Abschaffung von Streitkräften in einem internationalen System und in einer globalisierten Welt – wie soll das gehen? Die meisten Missionen sind nicht militärisch, sondern zivilgesellschaftlich, wie die UN-Mission NUSMA in Mali. Militär und Polizei sind nur das aller kleinste Mosaiksteinchen.

Können wir mit wesentlich höheren Militärausgaben die zivile Komponente stärken? Selbst beim Weißbuch wird teilweise die Bevölkerung befragt. Frieden schaffen ohne Waffen ist ein biblischer Spruch, keine 68er Weisheit. Machtungleichgewichte fördern strukturelle Gewalt oder mit anderen Worten, fördert ein starkes Militär nicht erst recht strukturelle Gewalt?

Fazit: Innerhalb Europas und Deutschland muss in Strategiefragen umgedacht werden. Interessen müssen ehrlich gemacht werden, auch die der Nichthandelnden. Wir brauchen einen differenzierten Blick auf die Probleme, hier muss gelernt werden. Die vielen unterschiedlichen zivilen Ressourcen müssen gestärkt, gebündelt und eingesetzt werden. Konfliktsituationen beherrschen lernen ist ein entscheidender Moment.

Zusammenfassung der Fachgruppe „Kommunikation: Wer (v)erklärt?“

Uwe Prüfer

VENROB e. V.

Die zwölf Teilnehmenden waren sich einig, dass umfassende, transparente, faktenbasierte und faire Kommunikation ein zentraler Aspekt von demokratischen Gesellschaften sein sollte. Nicht nur die Medien, sondern alle Akteure von Kommunikationsprozessen sollten immer wieder ihre Werte, Standards und Aktivitäten dahingehend überprüfen.

Unbestritten ist, dass die neue „Unübersichtlichkeit“ als inhärenter Bestandteil der Globalisierung und die technologischen Entwicklungen des Internets den bisherigen Kommunikationsbegriff – so man sich überhaupt auf einen einheitlichen verständigen könnte – auf den Prüfstand stellen. Bildung, insbesondere ihre Vermittlung bzw. die indivi-

duelle Aneignung von Wissen und Kommunikation sind sehr eng miteinander verflochten. In der Diskussion wurden mitunter beide Begriffe synonym verwendet. Gesellschaftlicher Wandel kann durch Wissen erzeugt werden. Das sind natürlich nicht nur vielschichtige, sondern auch reflexive Prozesse. Dabei muss es per se zu Kontroversen kommen, was nicht zu verwechseln ist mit einem unbedingten, willkürlichen Relativismus in der Kommunikation.

Nicht nur in der politischen Kommunikation, zum Beispiel auch prägnant in der scheinbar omnipräsenten Werbung und Selbstdarstellung, sind Manipulationen inzwischen Alltag. Das befördert ein grundsätzli-



ches Misstrauen in der Kommunikation, weit jenseits einer ohnehin angebrachten (selbst) kritischen Reflexion.

In der Ablehnung von etablierten Parteien („Eliten, die sich nicht um das Volk kümmern“) werden tieferliegende Probleme des politischen Systems sowie Kommunikationsdefizite sichtbar. Sie äußern sich in sinkender Wahlbeteiligung, Medienschelnte („Lügenpresse“) und dem sogenannten postfaktischen Populismus, der sich vor allem in sozialen Netzwerken verbreitet.

Nichteingelöste Postulierungen von politischer Partizipation und sozialer Gerechtigkeit tragen auch zur Ablehnung und Abkehr von bisherigen Diskursen bei. Real oder vermeintlich krisenbehaftete Prozesse wie die Zuwanderung von Geflüchteten geraten zudem durch inkompetente, verkürzte oder manipulatorische Kommunikation schnell bei Teilen der Bevölkerung in eine unreflektierte Abwehr. Gefordert wurde deshalb z.B. „Mehr echter Dialog, weniger Propaganda!“. Verschiedene Teilnehmende brachten deshalb aus ihrer Praxis Beispiele ein, wie sie konkret „erklären, statt verklären“:

Das Potsdamer Freie Radio mit Sendungen von und mit Geflüchteten, die sich dabei auch qualifizieren;

die Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik e.V. sowie die drei Europe Direct Informationszentren im Land Brandenburg, beide u.a. mit öffentlichen Veranstaltungen und Projekttagen in Schulen;

Akteure wie Brandenburg 21 e.V., VENROB e.V. oder die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ mit Einbeziehung von Akteuren und Themen von Migration und Entwicklung in kommunal-regionale Nachhaltigkeit.

Die Diskussion lässt sich in vier Forderungen zusammenfassen:

1. Kommunikation gelingt, wenn sie als kritisch und ehrlich wahrgenommen wird.
2. Interessen und Ziele müssen transparent und deutlich gemacht werden, Differenzen herausgearbeitet und unterschiedliche Sichtweisen und Interessen gehört werden.
3. Alle Betroffenen des Themas müssen einbezogen werden.
4. Veränderungen brauchen kommunikatives Handeln.

Welt Trends hoch³

Das außenpolitische Journal



Probeabo

- 3 Monate
- 3 Ausgaben
- nur 3 Euro

Jetzt testen!

(unverbindlich, keine automatische Verlängerung)

probeabo@welttrends.de | www.welttrends.de

Schlusswort

Anne Quart:

Staatssekretärin MdJEV

Diese Veranstaltung bisher war ein Wechselbad der Gefühle. Als politische Vertreterin habe ich mir angehört, was alles schiefgelaufen ist. Soviel Zeit bleibt uns allen nicht mehr und es ist deutlich geworden, wo die Stellschrauben gedreht werden müssen. Es gibt viele richtige und relevante Papiere, aber an der Umsetzung hapert es. Wir müssen hier schneller handeln. Die interessensgeführte Politik muss abgelöst werden und wir müssen uns selbstkritisch fragen, wo wir versagt haben, um die richtigen, nachhaltigen Maßnahmen anzugehen.

Nach den Vorträgen der Kurzfassungen der Ergebnisse aus den fünf Fachgruppen beenden Detlev Groß und Abdou Rahime Diallo den eintägigen Fachdialog und verweisen auf die Fortsetzung des Dialogs im nächsten Jahr.



Bürgerdialoge in Brandenburg „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“

Sebastian Rösner

Leitung EU & Europa, Deutsche Gesellschaft e. V.

Im Herbst 2016 luden die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland sowie das Ministerium für Justiz und für Europa und Verbraucherschutz zu insgesamt fünf Bürgerdialogen mit dem Titel „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ ein. Die Bürgerdialoge fanden in den brandenburgischen Städten Eberswalde, Frankfurt (Oder), Senftenberg, Neuruppin sowie in der Landeshauptstadt Potsdam statt. Das „Bündnis

für Brandenburg“ und der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg e.V. (VENROB) waren ebenso als Kooperationspartner einbezogen wie die Deutsche Gesellschaft e.V. aus Berlin, die die Organisation und Durchführung der Bürgerdialoge verantwortete. Die Stadtverwaltungen und Bürgermeister der Städte Eberswalde, Senftenberg, Frankfurt (Oder) und Potsdam übernahmen die Schirmherrschaft für die jeweiligen Veranstaltungen.

Relevanz des Themas

Weltweit sind rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht und aus ihrer angestammten und rechtmäßigen Heimat vertrieben. Etwa 40 Millionen sind sogenannte „Binnengeflüchtete“, das bedeutet Menschen, die – im Unterschied zu Geflüchteten im rechtlichen Sinn – keine Staatsgrenze überschritten haben und in ihrem eigenen Land bleiben. Die Gründe sind vielfältig. Bewaffnete Konflikte, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Naturkatastrophen zwingen die Menschen, ihren Heimatort zu verlassen.

Etwa 25 Millionen Geflüchtete sind außerhalb ihrer Staatengrenze unterwegs. Davon sind in

den letzten Jahren mehr als eine Million Menschen in der Europäischen Union angekommen. Die Meisten fliehen vor Krieg und Terror aus Syrien und anderen Konfliktgebieten. Rund 36.000 Menschen suchten seit Anfang 2015 bisher Schutz im Land Brandenburg – eine Herausforderung sowohl für Politik, Behörden und vor allem auch viele Nichtregierungsorganisationen und ehrenamtlich Tätige. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sollte daher sowohl über die Ursachen erzwungener Migration gesprochen werden, als auch über die konkreten Chancen und Herausforderungen für Brandenburg, die Geflüchteten aufzunehmen und zu integrieren.

Der Bürgerdialog als innovatives Beteiligungsformat

Eine sinkende Wahlbeteiligung auf allen politischen Ebenen – von Europa über die Bundes- und Landesebene bis hin zu den Kommunen –, abnehmende Mitgliederzahlen in den Parteien und größer werdende Schwierigkeiten, kommunale Ämter zu besetzen, zeigen deutlich, dass das Interesse der Bevölkerung an den etablierten Beteiligungsformen der Politik rückläufig ist. Die Folgen sind verheerend – viele Menschen haben den Eindruck, von „der Politik“ nicht mehr gehört zu werden und von zentralen Entscheidungen und Diskussionen ausgeschlossen zu sein. Zeitgleich sind aber das politische Interesse und der Wille der Bevölkerung zur Mitwirkung und zur Diskussion wichtiger Zukunftsthemen groß. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2013 mit dem Titel „Bürger beteiligen“ sprechen sich 81% der Bundesbürger für mehr politische Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten aus. „Die repräsentative Demokratie kränkelt – sie braucht eine Infusion mit neuen Verfahren der Bürgerbeteiligung“, so das Ergebnis der Studie.

Demokratie ist ohne die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht vorstellbar. Um diese Beteiligung zu ermöglichen, bedarf es neuer, auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung zeitgemäßer Wege, über die sich die Menschen direkt und themenorientiert in die Diskussion einbringen und mit Politikerinnen und Politikern sowie weiteren kommunalen Entscheidungsträgern in einen Austausch „auf Augenhöhe“ treten können. Der Bürgerdialog versteht sich als Beteiligungs- und Diskussionsformat für Großgruppen mit dem Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger in Diskussionsprozesse einzubeziehen, sie mit politischen Fragestellungen zu konfrontieren und ihr Interesse an demokratischer Teilhabe zu wecken. Dies erfordert auch den mutigen Schritt der Entscheidungsträger, sich einem solchen Veranstaltungsformat zu stellen – weg von eingeübten Formaten der Podiumsdiskussion

hin zu einem „Runden Tisch“. Politikerinnen und Politiker sowie Entscheidungsträger treten in Bürgerdialogen nicht als Dauersprecher, sondern als Zuhörer auf, die mit Einzelschicksalen und Lebensumständen der Diskussionspartner konfrontiert werden. Spontaneität und eine gewisse Unvorhersehbarkeit der Entwicklung der Diskussion gehören daher als wesentliche, belebende Elemente des Austauschs mit den Bürgerinnen und Bürgern dazu.

Wichtig ist, dass das Konzept der Bürgerbeteiligung kein theoretisches bleibt. Bürgerdialoge eröffnen die Möglichkeit, auch ländliche Gegenden und mittelgroße Städte einzubeziehen, um dem Gefühl, nur Zaungast medial begleiteter Veranstaltungen zu sein, aktiv entgegenzuwirken. Die Integration kommunaler Vertreterinnen und Vertreter ist für die Initiierung eines Austauschs mit der Bevölkerung von elementarer Bedeutung. Den Veranstaltern des Bürgerdialogs „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ war es daher ein wichtiges Anliegen, die jeweiligen Städte nicht nur als Schirmherren der Veranstalter, sondern die Bürgermeister und die Integrationsbeauftragten der Städte aktiv in die Diskussion einzubeziehen.

Herausforderungen bei der Durchführung von Bürgerdialogen

Politiker und Entscheidungsträger treten in Bürgerdialogen als Zuhörende auf – die häufig von den Bürgerinnen und Bürgern artikulierten Ängste und Sorgen erscheinen plausibel und nachvollziehbar. Das Versprechen, sich „zu kümmern“ und den Themen im Anschluss an den Bürgerdialog nachzugehen, wirken als einzige Handlungsoptionen zu dürrftig. Wichtig erscheint daher der ehrliche Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern über das Format des Bürgerdialogs und die Erwartungen an die unmittelbare Veränderbarkeit politischer Ziele in einem zumeist sehr komplexen politischen Gefüge. Es besteht die Gefahr, dass durch eine übertriebene Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an die unmittelbaren politischen Folgen des Dialogs zu einer erneuten Ernüchterung und weiteren Distanz zur Politik führt. Einfache Antworten auf sehr komplexe Fragen zu finden bleibt sehr häufig populistischen Parteien vorbehalten – in Bürgerdialogen geht es vielmehr um das Zuhören, den gemeinsamen politischen Austausch und das Erklären der Komplexität von Politik.

Die Fragestellung „Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“ ermöglicht den

konkreten Austausch zu einem eingrenzbaeren Thema und auch die Messbarkeit des inhaltlichen Erfolgs der Veranstaltung. Wichtig ist auch die Auswahl von Zielgruppen, die durch das Gespräch erreicht werden sollen. Weder sollen durch das Format der Bürgerdialoge ausschließlich die „üblichen Verdächtigen“, noch primär die populistischen „Dauer- und Lautsprecher“ angesprochen werden, die Bürgerdialoge gerne für die Instrumentalisierung eigener Zwecke nutzen. Die Veranstalter freuen sich darüber, dass durch die Bürgerdialoge in Brandenburg insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik, von Flüchtlingsinitiativen, Geflüchtete selbst und auch Personen angesprochen wurden, die sich kritisch zur Integration und Aufnahme Geflüchteter äußern. Das Format der Bürgerdialoge ermöglicht daher mit Blick auf die Integration Geflüchteter den nachhaltigen Austausch zwischen den beteiligten Akteuren der Kommunalpolitik, der Flüchtlingsinitiativen und der Bevölkerung. Ehrenamtliche genauso einzubeziehen wie Kritiker oder Geflüchtete – um von einer Form des übereinander Redens zu einem Miteinander zu kommen – ist daher eine Chance, die Bürgerdialoge bieten.



Fünf Brandenburger Bürgerdialoge

Bürgerdialog in Eberswalde

04. Oktober 2016, Temporäre Kunsthalle

Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Anne Quart, Staatssekretärin im Ministerium der Justiz und für

Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Moderiert wurde die Diskussion von dem Politikwissenschaftler *Thomas Heineke*.

An der Veranstaltung nahmen 68 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil

Bürgerdialog in Frankfurt (Oder)

07. November 2016, Bolfrashaus

Elisabeth Kotthaus, Europäische Kommission in Deutschland

Anne Quart, Staatssekretärin im Ministerium der Justiz und für

Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Moderiert wurde die Diskussion von der Kulturwissenschaftlerin *Romy Köhler*.

An der Veranstaltung nahmen 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil

Bürgerdialog in Senftenberg

08. November 2016, Rathaus Senftenberg

Bernhard Schnittger, Europäische Kommission in Deutschland

Stefan Ludwig, Minister der Justiz und für Europa und

Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Moderiert wurde die Diskussion von dem Politikwissenschaftler *Thomas Heineke*.

An der Veranstaltung nahmen 52 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil

Bürgerdialog in Neuruppin

10. November 2016, Rathaus Neuruppin

Bernhard Schnittger, Europäische Kommission in Deutschland

Anne Quart, Staatssekretärin im Ministerium der Justiz und für

Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Moderiert wurde die Diskussion von dem Politikwissenschaftler *Thomas Heineke*.

An der Veranstaltung nahmen 41 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil

Bürgerdialog in der Landeshauptstadt Potsdam

23. November 2016, Staatskanzlei

Bernhard Schnittger, Europäische Kommission in Deutschland

Anne Quart, Staatssekretärin im Ministerium der Justiz und für

Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Moderiert wurde die Diskussion von dem Politikwissenschaftler *Thomas Heineke*.

An der Veranstaltung nahmen 27 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil

Wesentliche inhaltliche Aspekte der Diskussion

Selbstverständlich unterscheiden sich die Bürgerdialoge sowohl in ihren jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkten, die von den Bürgerinnen und Bürgern in der Diskussion gesetzt wurden, als auch in der Zusammensetzung des Publikums. In der Regel dauerten die Bürgerdialoge 1 ½ Stunden. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde hatten die Diskussionsgäste die Möglichkeit, eine erste These und ihren Standpunkt zur Thematik zu formulieren. Im Anschluss bestand ausreichend Raum für den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürger, der nach der Veranstaltung mit einem informellen Stehempfang fortgesetzt wurde. Gerade diese informelle Begegnung nach der Veranstaltung ist dabei nicht zu unterschätzen. Aus den jeweiligen Städten kamen sowohl Vertreter der Regionalpolitik, die Integrationsbeauftragten, Flüchtlingsorganisationen und Geflüchtete als auch Kritiker der bundesdeutschen Aufnahmepraxis von Geflüchteten zusammen. Die Kritiker äußerten sich sowohl als Privatpersonen, als auch und zumeist als Vertreter der Partei „Alternative für Deutschland“.

Folgende inhaltliche Aspekte kennzeichneten den inhaltlichen Rahmen der Diskussionen aller fünf Bürgerdialoge:

Fluchtursachen:

Welche Gründe gibt es für die erzwungene Migration? Welche Rolle spielen dabei die Verteilung natürlicher Ressourcen, staatliche Konflikte und Bürgerkriege sowie der Klimawandel? Welchen Einfluss kann die Europäische Union auf die Entwicklung und die Minimierung von Fluchtursachen nehmen? Diskutiert wurden dabei insbesondere die Rüstungsexporte aus europäischen Staaten und die Handelspolitik der Europäischen Union insbesondere gegenüber zahlreichen afrikanischen Staaten.

Reaktion der Europäischen Union auf die erzwungene Migration:

Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die Forderung nach einer größeren Solidarität der europäischen Staaten mit den Geflüchteten, gemeinsame Standards in der Asylpolitik, die Stärkung der sozialen Säule Europas sowie die Unterstützung der Staaten, die durch ihre europäischen Außengrenzen besonderen Belastungen ausgesetzt sind.

Handlungsspielräume auf der lokalen und individuellen Ebene:

In der Diskussion wurden Möglichkeiten erörtert, wie jeder Einzelne über das individuelle Konsumverhalten „Einfluss im Kleinen“ auf die Frage der Handelspolitik und der Produktionsbedingungen in der sog. „Dritten Welt“ nehmen könne.

Chancen für die Europäische Union:

Diskutiert wurde dabei insbesondere die Frage, ob der Zuzug von Migrantinnen und Migranten den europäischen Staaten helfen könne, die bedingt durch den demographischen Wandel vor der Herausforderung eines zunehmenden Fachkräftemangels stehen. Ein wesentlicher Aspekt dabei war die Frage, ob die Migration auch eine Chance für die EU mit Blick auf die überfälligen Reformen ihrer Asylgesetzgebung darstelle. Betont wurde auch, dass zahlreiche Geflüchtete auch deshalb nach Europa kommen, da sie an die europäische Idee der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie glauben – in einem Europa, das vor der großen Herausforderung stehe, die Bürgerinnen und Bürger von dem „Projekt Europa“ zu überzeugen, könnte die pro-europäische Haltung zahlreicher Geflüchteter zu einer erneuten Re-Vitalisierung der europäischen Wertedebatte führen.

Sprachliche Differenziertheit:

Ein wichtiger Fragekreis war die Gefahr einer rechtspopulistischen Vereinnahmung der Thematik und einer Stimmungsmache gegen Geflüchtete und Flüchtlingsinitiativen. Die Beteiligten, die von ihren alltäglichen Herausforderungen und Anfeindungen berichteten waren sich einig, dass eine differenzierte Sprache in der Politik mehr denn je erforderlich sei, um den rechten Parolen nicht noch weiter Vorschub zu leisten. Begriffe wie „Flüchtlingsstrom“ oder „Flüchtlingswelle“, die das individuelle Schicksal Geflüchteter ausblenden, seien für die Arbeit der Flüchtlingsinitiativen kontraproduktiv.

Ehrung und Anerkennung des Engagements der Flüchtlingsinitiativen:

Zahlreiche Entscheidungsträger der Kommunalpolitik nahmen den Bürgerdialog zum Anlass, den in der Regel ehrenamtlichen Vertretern der lokalen Flüchtlingsinitiativen sowie den Integrationsbeauftragten der Städte zu danken. Viele Vertreter von Flüchtlingsinitiativen berichteten von ihrer Arbeit und den tagtäglichen Herausforderungen und sinnstiftenden Aspekten, die ihr Engagement prägen.





**Verband Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen
Brandenburgs e.V.**

VENROB e.V. wurde am 9. September 1995 in Potsdam als entwicklungspolitische Arbeitsplattform für Vereine, Gruppen, Initiativen, Eine-Welt-Läden u.ä. Nichtregierungsorganisationen im Land Brandenburg gegründet. Der gemeinnützige Verein versteht sich als parteipolitisch und konfessionell ungebundenes Landesnetzwerk. Mitglieder können alle im Land Brandenburg ansässigen Interessenten werden, die sich mit Nord-Süd-Themen beschäftigen.

Unsere wichtigsten Arbeitsfelder

Förderung von Kontakten und Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen, insbesondere im Bereich Globales Lernen.

Aufbau und Erweiterung von entwicklungspolitischen Kompetenzen.

Lobbyarbeit, Interessenvertretung für Themen und Akteure auf Landesebene.

Unterstützung von Nachhaltigkeitsprozessen und kommunaler Entwicklungspolitik.

Derzeitige Mitglieder

Aktionsladen Eine Welt bei der Französisch Reformierten Gemeinde Potsdam | Bantadores – Kindheit in Würde – Dignity in Childhood e.V. | Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. | Cagintua e.V. – Campaign for Government of International Unity in Africa | Carpus e.V. | Collective Leadership Institute e.V. | Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration | Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V. | Echo Kamerun e.V. | Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg | Eine-Welt-Laden-Cottbus e.V. | ESTAruppin e.V. | Fliegende Agenda 21 | Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE) | HIV-Projekt Belize e.V. | Hochvier – Gesellschaft für politische und interkulturelle Bildung e.V. | Internationales Institut für Journalistik Berlin-Brandenburg e.V. (IIJB) | Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. Fürstenwalde/Spree (JuSeV) | Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz | Lateinamerika-Arbeitskreis tierra unida e.V. | Löwenherz e.V. | Oikocredit Förderkreis Nordost e.V. | Orientierungszentrum für Migrant_innen und Flüchtlinge/ OMF e.V. | Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany) e.V. | publicata e.V. – Verein zur Förderung von Öffentlichkeit für Ausländerintegration und Entwicklungszusammenarbeit | PUERTO ALEGRE e.V. | SOLAFRICAN e.V. | SOLIDARIO – Eine Welt Projekt in der Kirchengemeinde Babelsberg | Twende Pamoja e.V. | WeltTrends e.V.

www.venrob.org

Tel.: (0331) 704 89 66
Fax.: (0331) 270 86 90

VENROB e.V.
Tuchmacherstr. 49
14482 Potsdam

Wie werden wir diesem großen Thema „Geflüchtete und Fluchtursachen“ gerecht? Wie stellen wir dar, wenn Auswirkungen globaler Ereignisse auf lokale Gegebenheiten prallen? Wie zerlegen wir Fakten und Wahrnehmungen und geben ihnen einen neuen, verständlichen Kontext? Und nicht zuletzt: Wie kommunizieren wir all das, was uns in einer willkürlichen Folge von Informationshäppchen, Bildern und erlebten Geschichten überflutet?

Bei aller Diversität der vertretenen Meinungen bleibt die gemeinsame Erkenntnis, dass die Bekämpfung der Fluchtursachen zu Hause beginnt, in der Alltäglichkeit der eigenen Heimatregion und des persönlichen Lebensumfeldes. Diese scheinbare Banalität ist zugleich die größte Herausforderung an uns selbst und sicher Gegenstand weiterer (nicht nur) „Potsdamer Diskurse“.